Sozialdemokraten zum Vorwand nimmt, um die Internationale lahmzulegen. Dieses Spiel hat jetzt lange genug gedauert, und die große Mehrheit des sozialistischen Proletariats hat genug davon. Gegenüber dem klar ausgedrückten Willen der organisierten Massen Frankreichs, Englands und Italiens fällt die Meinung einiger Persönlichkeiten, die keine Beziehungen zur Masse haben, nicht ins Gewicht. Wir werden ihnen das in London und anderswo zu verstehen geben." (Es muß betont werden, daß Vandervelde, sei es absichtlich sei es, weil er schlecht unterrichtet ist, die Stellungnahme Scheidemanns in der deutschen Parteimehrheit wiederum stark entstellt hat. Die Redaktion.)

Bezüglich der russischen Frage erklärt der Populaire, daß eine Einigung mit der früheren Mehrheit, die die alliierte Intervention als nützlich betrachtet, unmöglich sei. „Wir", so heißt es in dem Artikel, der die Ueberschrift „Das nützliche Verbrechen" trägt, „wir betrachten die Unternehmungen in Rußland als verbrecherisch. Unsre Kameraden konnten sich nicht darüber täuschen, daß diese Expedition kein andres Ziel haben konnte, als den Sturz der Sowjets, die Unterdrückung der Revolution der Bauern und Arbeiter. Es befinden sich also in unsrer Partei Leute, die für die ungeheure russische Kommune Versailler Gefühle empfinden. Das zeigt uns den Abgrund, der zwischen uns und denen besteht, die durch vierjährige Abdankung alle sozialistischen Grundsätze aufgegeben haben. Wir hatten erklärt, daß wir weder für noch gegen die Bolschewiki sind, daß wir aber Vertrauen zur russischen Revolution haben. Eine reserviertere Haltung konnte man von Sozialisten nicht verlangen. Das genügte der alten Mehrheit jedoch nicht, sie wollte die Brüste der russischen Arbeiter und Bauern von französischen Kugeln durchbohrt sehen. Dieses Kapitel fehlte den Aposteln des Nationalitätenprinzips und ihrem Krieg für das gute Recht". Mit bitterer Ironie schreibt die Zeitung zum Schluß: „Die Soldaten der französischen Republik mögen nun zusammen mit den Japanern und Chinesen für Recht und Freiheit kämpfen."

Moskauer Arbeiterkundgebungen gegen die Sowjets.

Laut Telunion fanden in Moskau unter freiem Himmel Arbeiterversammlungen statt. Die Arbeiter haben sich im großen und ganzen gegen die Bolschewiki und für eine gegenrevolutionäre Bewegung erklärt. Die Bolschewiki haben ihre Wachsamkeit verdoppelt, da man seitens der Arbeiter Ausschreitungen erwartet. Die Arbeiter gingen nach Schluß der Versammlung friedlich auseinander.

Iswestija berichtet über die Aufdeckung einer großen Verschwörung in Moskau. Danach hatten die Moskauer Gegenrevolutionäre schon lange die Absicht, einen bewaffneten Aufstand hervorzurufen, um die Entsendung von Truppen an die tschecho-slowakische Front zu verhindern. Die Organisation stand mit General Alexejew in enger Verbindung und wurde durch dessen Instruktionen geleitet. Acht Führer der Organisation wurden verhaftet und erschossen. Die Organisation bestand aus einzelnen Gruppen zu 10 Mann, so daß kein Mitglied mehr als zehn Teilnehmer kannte. Die Mittel wurden vom Verband in großem Umfange gewährt, so daß das Gehalt eines Gemeinen bis 500 Rubel monatlich betrug.

Die Blätter berichten ferner über Aufstandsversuche in den Gouvernements Wologda, Wladimir, Wjatka, Orel, die blutig unterdrückt wurden. In Kivnit (Gouvernement Orel) hatten die Rätetruppen starke Verluste, ferner wurden über 300 Weißgardisten getötet. In Petersburg wurden 20 Mann erschossen, darunter Offiziere des in Kraßnoje Selo stehenden Regiments sowie drei der Bestechlichkeit überführte Kommissare der auswärtigen Kommission. Ein Leitartikel der Prawda fordert Gefangensetzung der gesamten Bourgeoisie.

Ueber die Arbeitermobilisation in Petersburg meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur unter andrem: Diese zweite Mobilisierung, ebenso wie die unlängst erfolgte Einberufung der zweiten Jahrgänge ist eine Mobilisierung der Freiwilligen. Die alten Soldaten, die viele Monate in den Schützengräben zubrachten und alle Qualen des imperialistischen Kampfes auskosteten, kommen wieder, weil sie der Ueberzeugung sind, daß diese Mobilisierung und dieser Krieg auf einer ganz andren Basis beruhen und etwas „Eigenes" bedeuten.

Telunion berichtet: Die sehr wichtige Stellung der Tschecho-Slowaken in Wiernhij-Udinsk, östlich von Irkutsk und dem Baikalsee, wurde ihnen durch die Roten Gardisten nach dreitägigem Kampf entrissen. Die Tschecho-Slowaken zogen sich in östlicher Richtung zurück.

Aus London wird mitgeteilt: Ein amtliches japanisches Kommuniqué meldet, daß die Japaner an der Ussurifront bis nach Nikolajewsk an der Mündung des Amur, 600 Meilen nördlich von der Front der Alliierten vorgedrungen sind.

In Irkutsk haben die Tschecho-Slowaken eine neue Regierung gebildet. Der Regierung gehören viele Reaktionäre aus Zeiten des Zaren an. Die neue Regierung soll den Namen „Zentralregierung der Republik Sibirien" führen. Der frühere Minister Gutschkow soll das Präsidium übernehmen.

Gegen den Kriegsminister und Vizepräsidenten der provisorischen Nordregierung in Astrachan, Maslow, wurde ein Bombenattentat verübt. Maslow ist jedoch nur leicht verwundet.

•

Heftige Kämpfe in Baku.

In Baku (am Kaspischen Meer) wüten, wie der Korrespondent der Telegraphen Union erfährt, seit einigen Tagen heftige Kämpfe zwischen den Türken und den Aufständischen, die von den Engländern von der See aus unterstützt werden. Die Engländer schicken Verstärkungen in der Richtung von Bagdad aus. Man erwartet weitere Kämpfe an der Küste des Kaspischen Meeres, das zur Beförderung der Engländer ausgenutzt wird. Die aufständischen russischen und einheimischen Stämme befehligt der russische General Dokutschojew.

•

Japans Vorwand in Ostasien.

Tokio, 13. August. (Havas.) Die japanische Regierung veröffentlicht folgende Erklärung: Die Aufmerksamkeit der japanischen Regierung wurde jüngst auf die zunehmende Tätigkeit hingelenkt, die von deutschen und österreichisch-ungarischen bewaffneten Gefangenen in Sibirien an den Grenzen der Mandschurei entfaltet wird. Diese Gefangenen, die praktisch das Kommando über die Streitkräfte der Sowjet übernommen haben, marschieren gegen die chinesische Grenze mit Richtung auf die Stadt Nanchuli. Die drohende Gefahr zwang zahlreiche japanische und chinesische Einwohner dieser Stadt, die Flucht zu ergreifen. Die Lage enthält eine unmittelbare Drohung für das chinesische Gebiet und ist von nicht minderem Interesse für Japan angesichts der Bande engster Solidarität, die es mit China (!) verbinden. Die beiden Regierungen waren daher der Ansicht, daß ein gemeinsames Vorgehen notwendig sei. In Anbetracht dieser Tatsache wurde als vorläufige und dringende Maßnahme beschlossen, daß ein Teil der japanischen Truppen, die sich gegenwärtig in der südlichen Mandschurei befinden, den sofortigen Befehl erhalten soll, sich in Richtung auf Nanchuli in Bewegung zu setzen. Diese Truppenbewegung wird von dem Geist harmonischen Zusammengehens zwischen Japan und China gegenüber der drohenden Gefahr beherrscht. Bei dieser Gelegenheit wird die japanische Regierung die Souveränität Chinas peinlich achten, ebenso wie die Rechte und Interessen der dortigen Bevölkerung. Die beiden Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß die angeführte Maßnahme in großem Maße dazu dienen werde, die Beziehungen gegenseitigen Vertrauens und guter Nachbarschaft zwischen den beiden Nationen zu entwickeln.

Wie W. T. B. von zuständiger Stelle erfährt, liegen keinerlei Nachrichten vor, die die Angaben der japanischen Regierung bezüglich der deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Sibirien irgendwie bestätigen könnten. Die Lage unsrer Kriegsgefangenen ist vielmehr die, daß sie besonders infolge der Besetzung der sibirischen Bahn durch die Tschecho-Slowaken Sibirien zur Zeit nicht verlassen können. Wenn es jetzt von feindlicher Seite so dargestellt wird, als hätten unsre Kriegsgefangenen eine Truppenmacht gebildet, der entgegengetreten werden müsse, so ist das nur ein Vorwand, um die eigentlichen Einmischungs- und Annexionsabsichten unsrer Feinde gegenüber Rußland zu verschleiern.

•

Die russisch-ukrainischen Verhandlungen.

Kiew, 25. August. Die gestrige Vollversammlung der ukrainisch-russischen Friedenskonferenz verhandelte über die ukrainische Erklärung, daß nach der Selbständigkeitserklärung des Dongebietes und nach deren Anerkennung durch die Ukraine nur noch über die Nordgrenze mit Rußland verhandelt werden solle. Die russische Abordnung verlangte eine Verhandlung über die Grenzen auch im Dongebiete, weil die Dondbevölkerung sich noch nicht selbst für die Loslösung ausgesprochen und die Ukraine zu Beginn der Friedensverhandlungen die russische Abordnung als Vertreterin des gesamten Großrußlands anerkannt habe. Eine Einigung wurde nicht erzielt, aber ein Abbruch der Verhandlungen zunächst vermieden. Beide Parteien wollen eine schriftliche Darlegung ihres Standpunktes einreichen.

Das Ringen zwischen Arras und Bapaume.

wtb. Berlin, 25. August.

Nach dem schweren, aber für uns günstig abschließenden Kampfe des Vortages setzte der Feind am 24. und 25. südlich Arras erneut zu einem mit unerhörtem Aufwand an Menschen, Munition und Tanks gegen unsre Linien vorbereiteten großen Angriff an. Im Zusammenhang mit ihm stürmten die gleichzeitig mit gesteigerter Kraft wieder aufgenommenen und mit äußerster Erbitterung geführten, schweren Kämpfe bei Albert und beiderseits der Römerstraße südlich der Somme, die nach einheitlichem, großzügig gedachten Plan wiederum den Durchbruch erstrebten.

In den Morgenstunden lag das Schwergewicht der Kämpfe am Nordteil des ursprünglichen Angriffsraumes von Moyenneville bis Achiet le Petit. Erst in den Mittagsstunden setzten gleichstarke Angriffe auch südlich von Achiet le Grand ein, während es im Frontabschnitt von Hamel bis Albert offenbar wegen des die Tankangriffe verhindernden Ancretales bis auf lebhafte Artillerietätigkeit ruhig blieb.

Gegen 12 Uhr mittags gelang es dem Gegner, durch heftige, mit außerordentlicher Wucht geführte Tankangriffe, denen in fünf Wellen dichtgegliederte frische Infanteriereserven folgten, über den Bahndamm Moyenneville—Achiet le Grand vorzubrechen, über Gomiecourt hinauszustoßen und in Ervillers einzudringen. Um die trostlosen Trümmer dieser Ortschaft, die bald unter englischem, bald unter deutschem Feuer lag, und über die Stoß und Gegenstoß hinüberfuhr, wurde den ganzen Tag erbittert gerungen. Immer wieder drangen die deutschen Truppen nach Osten gegen die Uebermacht kämpfend vor und warfen den Gegner mehrmals bis zum Ostrand des Dorfes zurück, bis sie, jetzt vom Gegner in der Flanke bedroht, Befehl erhielten, langsam und schrittweise kämpfend zurückzugehen.

So waren Teile einer aus Niedersachsen und Westfalen bestehenden Division in Gomiecourt bereits fast umzingelt. Sie schlugen sich aber heldenmütig nach Osten durch und brachten dabei noch manchen Tank zur Strecke. Der Zufall hat es gewollt, daß es das gleiche Regiment von Hannoveranern war, die Ervillers bei der Märzoffensive erstürmt hatten. Sie kämpften zum zweitenmal an der gleichen Stelle, rangen mit den Engländern, sie schwer schädigend, und verrichteten mit den Söhnen andrer deutscher Stämme Wunder an Tapferkeit.

So verteidigte ein sächsisches Bataillon den Höhenzug nordöstlich Courcelles, ohne zu wanken und zu weichen. Das letzte Geschütz einer ihm zugeteilten Feldbatterie bediente ein Offizier mit vier Mann in todesverachtender Kühnheit bis zum allerletzten Augenblick, als die Engländer schon fast an den Radspeichen waren. Erst am Abend des heißen Tages kam Ervillers in die Hände des Gegners.

Dagegen vermochte er auf dem südlichen Teil des Schlachtfeldes trotz stärkster, ohne Rücksicht auf Verluste immer wieder vorgetriebener Angriffe keinen Boden zu gewinnen. Vor Miraumont und Irles brachen seine Anstürme vergeblich zusammen. Nur um Anschluß an den rechten Nachbar zu erhalten, wurden die Truppen dort zurückgenommen. Die zahlreichen eingebrachten Gefangenen bezeichnen die Verluste der Engländer und Neuseeländer als außerordentlich hoch. Namentlich haben die 63. englische Infanteriedivision und die 21., als sie am Vortage über die Ancre zurückflüteten, die schwersten Verluste erlitten. Die in der Nacht vom 20. zum 21. August erbaute Ancrebrücke wurde dabei durch Volltreffer zerstört.

•

Der Kampf der Luftstreitkräfte.

Berlin, 25. August. Bei günstigem Wetter konnten unsre Luftstreitkräfte am 21., 22. und 23. August im Kampfe gegen Luft- und Erdziele die Truppen auf der Erde wirkungsvoll unterstützen. Ein Kraftwagengeschütz vernichtete sieben und eine Jagdstaffel zwei feindliche Panzerwagen. Unsre Bombengeschwader griffen militärische Ziele vor den Hauptkampffronten mit mehr als 150 Tonnen Sprengstoff an. Brände entstanden u. a. auf Bahnhof Arras, in Compiègne, Les Haies, Avesnes-le-Comte, Pierrefonds, Tracy le Mont, im Bahnhof und Stadt Vic, auf den Flugplätzen Cöln und Lüneville. Auf Bahnhof Crèvecoeur folgte einer heftigen Explosion ein Brand. Der Bahnhof Villers-Cotterets wurde von zahlreichen Bomben großen Kalibers aufs schwerste beschädigt. In

Granaten oder kleine Kinder?

Von Anna Blos.

Sollte man es für möglich halten, daß die Frage: „Granaten oder kleine Kinder" überhaupt gestellt werden kann? Sollte man es für möglich halten, daß man bei Beantwortung dieser Frage überhaupt zögern kann, daß man sogar zu dem traurigen Resultat kommt: „Solange die Kanonen nicht schweigen, müssen wir auf viele kleine Kinder verzichten?"

Die Industrie, insbesondere die Munitionsindustrie, braucht die Frauenarbeit. Die Frauen als Schwer- und Schwerstarbeiterinnen sind zu den verschiedensten Verrichtungen genötigt, die speziell dem Frauenkörper schädlich sind: schweres Heben, langes Stehen, starkes Stoßen, kräftiges Ziehen, fortgesetztes Bücken, oft bei großer Hitze, die starken Erschütterungen, der Witterungswechsel bei Außen- und Verkehrsarbeiten sind naturgemäß von unheilvollem Einfluß auf den weiblichen Organismus. Dazu kommt die Dauer der Arbeitszeit, 14- bis 24stündige Schichtarbeit Ueberstunden, Nachtarbeit, dreimal täglich wechselnde achtstündige Schichten.

Nach Dr. Marie Elisabeth Lüders sind es gerade verheiratete Frauen, die sich zur Nachtarbeit, zur Ueberarbeit, zu doppelten und dreifachen Schichten gemeldet haben, um den Lohnausfall des Mannes zu decken und den gestiegenen Lebenshaltungskosten durch höheren Lohn gerecht zu werden. Dr. Lüders weist auch darauf hin, daß für das so wichtige Kapitel der Schädigungen durch zu intensive Arbeit jede systematische Untersuchung aus dem Kriege fehlt. Es unterliegt wohl keiner Frage, daß der während des Krieges zu beobachtende Geburtenrückgang nicht nur daran liegt, daß die Männer in der Hauptsache fort sind, sondern eben daran, daß bei der schweren und intensiven Arbeit die Frauen weder die Zeit noch die Kraft haben, Kindern das Leben zu geben.

Dieser schon vor dem Kriege einsetzende, während des Krieges sich steigernde Geburtenrückgang ist es ja, der im Reichstag zur politik, Anlaß gegeben hat. Aber dieser Ausschuß kann nur halbe Arbeit machen, solange nicht die Frage entschieden beantwortet wird: „Granaten oder kleine Kinder?" Der Vertreter der Regierung ist der Meinung, die Verbesserung des Frauenschutzes müsse zurücktreten hinter der Erzielung höchster Produktionsleistung in der Rüstungsindustrie. Also „Granaten"!

Schon vor vierzig Jahren forderten die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag einen ausgedehnten Arbeiterinnenschutz. Sie fanden damals so gut wie keine Unterstützung bei den bürgerlichen Parteien. Heute herrscht wohl Einigkeit darüber, daß der Arbeiterinnenschutz in ausgedehntem Maße eingeführt werden muß, damit wir wieder mehr kleine Kinder haben. Aber heute brauchen wir Granaten. Schon vor dem Kriege kannte man die schädigenden Wirkungen gewisser Gifte in der chemischen Industrie, Schriftgießerei, Glühlampenindustrie, den Zusammenhang der Tuberkulose und der Fehlgeburten in der Tabakindustrie. Immer wieder ist von der Sozialdemokratie auf alle Gefahren hingewiesen worden, denen die Gesundheit der arbeitenden Frauen ausgesetzt ist und wie wenig ist geschehen, um sie zu beseitigen. Dabei handelte es sich da nicht einmal um Granaten!

Allgemein stellen heute die Ortskrankenkassen eine starke Erkrankungsziffer der Frauen fest, die weitaus größer ist als die Zunahme der Versicherungspflichtigen überhaupt. Ein besonders starker Geburtenrückgang läßt sich feststellen im Königreich Sachsen, in den Provinzen Rheinland, Brandenburg, Sachsen, überall wo die Metallindustrie, die Maschinenindustrie, die Textil- und Nahrungsmittelindustrie besonders stark vertreten ist. Da bekanntlich die Arbeiterfamilie wirtschaftlich am schlechtesten dasteht, die viele Kinder hat so sind es besonders kinderreiche Mütter, die Arbeit, und zwar gutbezahlte Arbeit, die auch an die Gesundheit die schwersten Forderungen stellt, suchen müssen. Dr. Lüders hat also nicht unrecht, wenn sie meint, wer unter den gegebenen Verhältnissen Propaganda für die Zunahme der Kinderzahl treibt, macht unter den gegebenen Verhältnissen gleichzeitig Propaganda für Zunahme der Frauenarbeit und der eheweiblichen Frauenarbeit insbesondere. Die Frauenarbeit unter den gegebenen Verhältnissen aber hat notwendig wieder einen Rückgang der Geburtenziffern zur Folge.

Granaten und kleine Kinder, das läßt sich nicht vereinigen. Solange man sich nicht für das eine oder das andre entschieden hat, so lange wird alle Propaganda für Bevölkerungspolitik Stückwerk bleiben. Der männermordende Krieg ist auch ein frauenmordender, ein kindermordender. Die Zahl der in Deutschland durch eine Fehlgeburt zugrunde gehenden, meist im Mutterleibe sterbenden Kinder schwankt im Frieden zwischen 500 000 bis 800 000 sie ist während des Krieges noch erheblich größer geworden. Der Staat legt strenge Strafen auf Kindestötungen, sowohl für die Ausübenden, wie für die bedrängten Mütter. Am Ausschuß für Bevölkerungspolitik werden die strengsten Strafen für Geburtenverhinderung, für Abtreibung und so weiter gefordert. Die Frauenarbeit unter den gegebenen Verhältnissen ist das einfachste und sicherste Mittel zur Geburtenverhinderung, zur Abtreibung. Und dieses Mittel erlaubt der Staat, ja er fördert es, denn er ist heute nicht in der Lage, die Frage entschieden zu beantworten „Granaten oder kleine Kinder?" Wir haben, meint Dr. Lüders, abgesehen von der Uebergangszeit, keine Aussicht auf Abnahme der Frauenarbeit.

Ein generelles Verbot der Frauenarbeit nach dem Kriege, wie von manchen vorgeschlagen wird die an die Durchführbarkeit der Forderung, daß die Frau ins Haus gehöre, glauben, gehört in das Land Utopia. Helfen läßt sich nur durch einen erweiterten und streng durchgeführten Arbeiterinnenschutz. Verbot der Arbeit in Industrien, die den weiblichen Organismus gefährden, Beschränkung der Arbeitszeit, einen sehr ausgedehnten Wöchnerinnenschutz. Erforderlich ist weiter jede wirtschaftliche Erleichterung für kinderreiche Familien. Erziehungsbeihilfe, Steuererlaß, Wohnungsfürsorge usw. Herbeiführen muß die Zeit werden, in der der Staat den Mut und die Kraft hat, zu erklären: „Keine Granaten, aber kleine Kinder!" Dann erst werden wir gesunde Bevölkerungspolitik treiben können.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180826/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG